

innen.
 rpartei,
 Volkstum, für
 3, welche ge
 terfeits und
 Aufrechter
 und Gewerbe
 ebensträftiges
 n zertegende
 en sich schon
 ungen nimmt
 able
 n Nagold.
 n. 1919
 S.
 Teilnahme
 gstellten
 Mann
 de
 n hier und
 Worte des
 Gfang der
 Dank aus.
 ueuen.
 pen,
 mpen,
 ernen.
 t. Tel. 85.
 n.
 a Lohn ein
 en
 umt.
 en, welche
 sich melden.
 Foerster,
 n,
 Nr. 2.
 ewöhnte
 kuh
 s
 aus
 ünsch.

Der Gefellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.
 93. Jahrgang.

erschient täglich
 mit Ausnahme der
 Sonn- und Festtage.
 Preis vierteljährlich
 hier mit Trägerlohn
 RM. 2.10, im Bezirks-
 und 10-Km-Bereich
 RM. 2.10, im übrigen
 Württemberg RM. 2.20
 Monats-Abonnement
 nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr:
 für die einspalt. Zeile aus
 gewöhnl. Schrift über
 deren Raum bei einma-
 ligen Einrückung 15 Pf.
 bei mehrmaliger
 entsprechend Abat.
 Fernsprecher 29.
 Postfach 6115
 6115 Stuttgart

5 Mittwoch, den 8. Januar 1919.

Der Berliner Hegenkeffel.

Berlin, 6. Januar. WTB. Infolge eines gemein-
 samen Aufstufes der Unabhängigen und der Spartakus-
 leute verarmten sich gestern in der Siegesallee ihre An-
 hänger zu einer Massenhandlung gegen den Polizeipräsidenten
 Eichhorn. Viele Redner forderten nicht nur
 zur Beschaffung des Parlaments auf, sondern erklärten,
 unter dem Vorbehalt ihrer Zuhörer, daß sie entschlossen seien,
 die Nationalversammlung zu verhindern. Die Redner for-
 derten die Massen auf, sofort zum Reichsamt zu
 strömen und Ebert und Scheidemann zu massi-
 fakieren. Dann formierte sich der Zug und zog durch
 das Brandenburger Tor vor das Ministerium des Innern.
 Am Brandenburger Tor ordnete man, auf einem
 Scheiterhaufen eine Unmenge von Regierungsfugblättern.
 Vor dem Ministerium wartete bereits Liebknecht in einem
 Kraftwagen auf den Zug. Vom Bedeck des Kraftwagens
 hielt er eine Ansprache an die Menge, worin er sagte, daß
 an der Spitze des Reiches Verbrecher ständen.
 Das Proletariat müsse sich bewaffnen und einen offenen
 Ring um das Polizeipräsidium legen. Die Soldaten
 müßten im Verein mit dem bewaffneten Proletariat alles
 verhindern, was die Entsehung Eichhorns zu verhindern.
 Die Erregung wuchs von Minute zu Minute. Nach dem
 Kompfzug Liebknechts setzte sich der Zug zum
 Polizeipräsidium in Bewegung. Auf dem Balkon des
 Polizeipräsidiums erschien Eichhorn in Begleitung von
 Liebknecht und Ledebour und gab die Erklärung ab, daß
 er solange auf seinem Posten bleiben werde, wie es das
 Berliner Proletariat verlange und daß er seine ganze
 Macht dazu benützen werde, die Entungen des Reiches
 zu sichern. Nachdem nach Liebknecht das Wort
 ergriffen hatte, zog die Menge gegen 5 Uhr weiter. Ein
 Teil der Demonstration zog vor das Gebäude des Ger-
 wärts, das zerstört und beseitigt wurde. Während
 der Vorgänge im Vorder-Gebäude hatte sich vor dem
 Hofe eine große Menge angesammelt. Plötzlich ent-
 deckte jemand, daß in einem gegenüberliegenden
 Gebäude sich das Groß-Berliner Propaganda-Bureau der
 Sozialdemokratischen Partei befand. Das Gebäude wurde
 gestürmt und die ganze Bureaueinrichtung auf die Straße
 geworfen und verbrannt. In später Abendstunde zogen
 die Demonstranten dann nach der Charlottenstraße und be-
 setzten dort die Zentrale des WTB, deren Tätigkeit
 seither (bis Montag mittag) unterbunden ist.

Nürnberg, 6. Januar. Die Nürnberger Zeitung mel-
 det aus Berlin: In den gestrigen Abendstunden wurden
 außer dem WTB fast sämtliche Zeitungen besetzt, so z. B.
 das Berliner Tageblatt, die Volksfreie Zeitung, die Ber-
 liner Morgenpost und der Berliner Lokalanzeiger. An-
 scheinend sind diese Aktionen bisher ohne blutige Zusam-
 menstöße verlaufen. Wie wir hören, hat die Berliner Re-
 gierung noch keinerlei sichtbare Maßnahmen zur Durchführung
 der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn
 getroffen. Er ist zunächst wieder im Amt. Die
 rote Fahne, das Organ des Spartakusbundes, fordert
 heute wieder zu einer Massendemonstration auf. Es wird
 damit gerechnet, daß die Spartakusleute verhaften werden,
 die Regierung zu stürzen, und daß es zu Zusammenstößen
 kommen wird. Wie wir hören, haben die revolutionären
 Berliner Arbeiter- und Soldaten der Regierung das Ulti-
 matum gestellt, sofort zu folgenden Beschlüssen des Kon-
 gresses der Arbeiter- und Soldatenräte Stellung zu neh-
 men und diese von den Arbeiter- und Soldatenräten zum
 Gesetz erhobenen Beschlüsse sofort in Kraft treten zu lassen:

1. Sofortige Entlassung aller Offiziere.
2. Ent-
 fernung der Rangabzeichen.
3. Die östliche Kommando-
 gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldaten-
 räte.
4. Wahl der Führer durch die Mannschaften.
5. Sö-
 liche Auflösung der alten Armee. Sofortige Entlassung
 reaktionärer Sonderformationen. Einführung einer
 Volkswehr.
6. Gegen Kriegsministerium und Arme-
 eoberkommando, die die vom Kongreß gegebenen Befehle
 für null und nichtig erklären, ist sofort Stellung zu nehmen.

Nürnberg, 6. Januar. WTB. Der Spiegelkorre-
 spondent der Nürnberger Zeitung meldet über die Beset-
 zung des WTB aus Berlin: Der Angriff auf das WTB
 erfolgte ganz plötzlich. Ein nur lose zusammenhängender
 Zug von Demonstranten kam kurz nach 1/8 Uhr vom
 Gendarmenmarkt die Charlottenstraße heranzu. Bislisten
 mit einzelnen anscheinend unbewaffneten Soldaten und
 Matrosen untermengt. Die Spitze zog in die Zimmer-
 straße ein und machte gegenüber der dortigen Einsicht

des WTB Halt. Eine Deputation drang schnell ein, über-
 wältigte und entwaffnete den dort stehenden Posten der
 Schutzwache. Die folgenden stärkeren Truppen bandig-
 ten sich in derselben Weise des Haupteinganges in der
 Charlottenstraße, gewannen sich den Hof, überwältigte
 und entwaffnete die Schutzwache von 20 Mann, die in der
 nach dem Hof zu stehenden Wache untergebracht war,
 und besetzten mit Gruppen von 3 bis 4 Soldaten, die
 fest mit Handgranaten bewaffnet waren, jeden Raum
 der politischen Redaktion und der anderen im Betriebe be-
 findlichen Abteilungen des Unternehmens. Man suchte
 nach den überall verstreuten, natürlich aber nicht vorhan-
 denen Waffen. Als Führer hat ein Matrose von der
 Torpostenabteilung auf.

Berlin, 6. Januar. WTB. Das WTB, das bis
 jetzt noch im Besitze der Spartakusanhänger ist, war heute
 morgen der Schauplatz eines Kampfes zwischen den Spar-
 takusleuten und den regierungstreuen Truppen. Die re-
 gierungstreuen Truppen schossen mit Maschinengewehren,
 die Spartakusanhänger waren mit Handgranaten.

Nürnberg, 6. Januar. WTB. Der Frankfurter Kurier
 erzählt aus Berlin: Heute vormittag 9 Uhr wurde ein
 Flugblatt der sozialdemokratischen Reichspartei verbrei-
 tet, worin diese ihre Anhänger, Arbeiter, Bürger und
 Bauern, auffodert, die Arbeit zu verlassen und sofort nach
 dem Regierungsgedäude in der Wilhelmstraße zu kommen.
 Es heißt darin: Unsere Geduld ist zu Ende, wir wollen
 nicht weiter von Fiskalisten terrorisiert werden, denn An-
 archie und Hunger werden die Folge sein. — Es steht zu
 erwarten, daß es wiederum zu Straßenkämpfen kommen
 wird. Von ihrem Ausgange dürfte es abhängen, ob die
 Regierung Ebert-Scheidemann am Ruder bleibt, oder ge-
 stürzt wird. Zur Zeit können bereits große Massen nach
 der Wilhelmstraße. In der 10. Morgenstunde bewegten
 sich von verschiedenen Fabriken aus Demonstrationen,
 die nach der Wilhelmstraße zum Reichskanzlerpalais zogen.
 Unter anderem waren es die Arbeiter der Samsomwerke,
 die in geschlossenem Zuge unter Vorantagen von Tafeln
 mit der Aufschrift „Die Reichssozialisten der Samsom-
 werke“ durch die Straßen nach der Wilhelmstraße zum
 Reichskanzlerpalais sich bewegten. Auch die Angehörigen
 des Hauses Ullstein, die an der Eintritt in das Gebäude
 verweigert worden war, bildeten einen Demonstrationzug,
 der sie nach dem Reichskanzlerpalais bewegte. Dieser ist
 bereits von Tausenden von Kundgebenden umstellt, die immer
 wieder Hochrufe auf die Regierung Ebert-Scheidemann
 ausbringen. Gleichzeitig bewegen sichzüge der Unab-
 hängigen und Spartakusleute nach der Siegesallee, in der
 ebenfalls ein gewaltiger Demonstrationenzug gebildet wird.
 Es hat den Anschein, als ob die Spartakusgruppe einen
 Putsch auf das Haupttelegraphenamt beabsichtige, aber
 von der dort aufgestellten Sicherheitswache daran gehindert
 wurde.

Berlin, 6. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet
 von 10.30 vormittags: Die Massen auf den Straßen wuchsen
 von Stunde zu Stunde. Die Wilhelmstraße und der
 Wilhelmplatz sind vollkommen von Anhängern der Reichs-
 sozialisten für die Regierung Ebert-Scheidemann besetzt.
 Unter der dichten Menge befinden sich auch sehr viele An-
 hänger der deutsch-demokratischen Partei, die durch öffent-
 liche Kundgebung zum Ausdruck bringen, daß sie gewillt
 sind die Regierung zu stützen. In der Siegesallee sam-
 meln sich die Anhänger Liebknechts. Vor den besetzten
 Zeitungsredaktionen, die immer noch in den Händen der
 Spartakusanhänger sind, sind von diesen Massenenge-
 wehre aufgeföhrt. Aus den Betrieben selbst sind die
 Papierrollen auf die Straße geworfen und die großen
 Papierrollen herausgerollt worden.

Berlin, 6. Jan. WTB. Stimmungsbericht von 1.15
 Uhr nachmittags. Die Masse der demonstrierenden Spar-
 takisten in der Siegesallee schwillt an. Es werden Waffen
 unter der Stoßbedeckung verteilt und ausliegende Reden
 gehalten. Die Demonstrationen der Reichssozialisten be-
 wegen sich die Linden und die Potsdamer Straße ent-
 lang nach der Wilhelmstraße. Sie werden von Soldaten
 flankiert, deren Herkunft man nicht kennt. Nach der B. Z.
 befindet sich Eichhorn im Marshall und unterhandelt mit
 der Volksmarinedivision. Wie die Zeitung Republik mel-
 det, hat die republikanische Sicherheitswache sich mit Eich-
 horn solidarisch erklärt. Nach bisher unbefestigten
 Gerüchten rücken unter starker Bewaffnung Spartakus-
 banden gegen die Reichskanzlei an. Gegen Mittag be-
 bewegten sich starke Gruppen von bewaffneten Spartakisten
 zu den verschiedenen Postämtern, wo ihnen aber von der
 revolutionären Soldatenwache der Eingang verweigert wurde.

Es kam zu Verhandlungen, in deren Verlauf man sich
 dahin einigte, daß die Posten neutral bleiben sollen. Der
 Kampf um die Nacht werde auf den Straßen entschieden.
 Wenn die Nacht in die Hände fällt, dem werden auch die
 Postämter ausgeliefert.

Berlin, 6. Jan. Heute Vormittag fand in der
 Reichskanzlei ein Kriegsrat der Volksbeauftragten
 statt unter Beteiligung der Mitglieder des Zent-
 ralkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte Deutsch-
 lands. Die Regierung hat beschlossen, sofort mit
 allen ihr zu Gebote stehenden Nachtmitteln ein-
 zugreifen, um dem Treiben der Spartakusleute ein
 Ende zu setzen. Zum Oberkommandierenden
 der Regierungstruppen wurde der Volksbeauf-
 tragte Kossle ernannt. Die regierungstreuen
 Truppen werden mit Lastautos von allen Seiten
 in das Innere der Stadt befördert, wo sie in der
 Nähe der Reichskanzlei gesammelt werden. Im
 Innern der Stadt ist den Passanten Weisung er-
 teilt worden, so schnell wie möglich die Straßen
 zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen
 bleiben. Die Regierung hat es abgelehnt, mit
 den Spartakusleuten zu verhandeln. Die beiden
 Parteien stehen sich in 100 Meter Entfernung
 gegenüber. Nach dem „Nacht-Abendblatt“
 dürfte es zu neuen blutigen, folgenschweren Zu-
 sammenstößen kommen.

Berlin, 6. Jan. Nach Schluß der Demonstration auf
 der Wilhelmstraße kam es heute in den späten Nach-
 mittagsstunden zu einem ersten Straßenkampf zwischen
 Spartakusleuten und Volkssoldaten. Durch die Menschen-
 menge bahnte sich ein schwer bepanzertes Auto, das von
 Spartakusleuten geleitet wurde, den Weg zum Reichs-
 kanzlerhaus. Die Besatzung des Reichskanzlerhauses griff
 das Panzerauto mit Handgranaten an. Auf Seiten der
 Spartakusleute soll es zahlreiche Tote gegeben haben. Die
 Besatzung des Reichskanzlerhauses hat dagegen nur einen
 Mann verloren. Einzelheiten sind noch nicht festgestelt.

Berlin, 6. Jan. Das „Nacht-Abendblatt“ meldet:
 Heute nachmittag gegen 1/5 Uhr kam es an der Kränzer-
 Gasse zu einer kurzen Schießerei, wo sich bewaffnete Spar-
 takusanhänger versammelt hatten. In gleicher Zeit zog
 ein Zug von etwa 500 Regierungstruppen die Linden ent-
 lang. Sie wollten zum Reichskanzlerpalais ziehen, um sich
 dort Waffen zu holen. Wie sie behaupten, wurden sie
 plötzlich mit Gewehrschüssen angegriffen. In dem entstehen-
 den Tumult konnte nicht festgestellt werden, wiesiele Ver-
 letzte die Schiffe zur Folge hatten.

Entgegen einer Meldung, daß auch die Reichsbank
 sich in den Händen der Demonstranten befinde, erzählt das
 „Nacht-Abendblatt“, daß dies den Tatsachen nicht ent-
 spreche. Die Reichsbank ist nur für jeden Geschäftsvorkehr
 seit 1 Uhr mittags gesperrt.

Berlin, 7. Jan. Das Haupttelegraphenamt ist gestern
 gegen 3 Uhr nachmittags von den Anhängern des Spar-
 takusbundes besetzt worden. (Frankf. Ztg.)

Berlin, 7. Jan. Gestern in den späten Abendstunden
 liefen noch einzelne ergänzende Nachrichten ein.
 Die „Germania“ meldet, daß die Anhänger der Spar-
 takusgruppe die Spandauer Waffen- und Munitionsdrehs
 gestürzt und an ihre Anhänger Waffen verteilt hätten.
 Wie in den Nachmittagsstunden wurde auch in den
 Abendstunden in den Straßen geschossen und mit Hand-
 granaten geworfen. Ueber die Zahl der Verletzten und
 Toten ist bisher nichts bekannt.

Das Regierungsblatt, die „Deutsche Allgemeine Zei-
 tung“ meldet, daß bisher nicht nur die großen Berliner
 Verlage und der „Vorwärts“ besetzt wurden, sondern daß
 man sogar in Privatwohnungen eingedrungen ist, und dort gro-
 ben Unfug verübt hat. Die Privatwohnung des neuen
 Polizeipräsidenten Eugen Ernst sei gestürmt u. besetzt worden.

Spartakusleute und Unabhängige wurden in der Um-
 gebung des Alexanderplatzes in Bewaffnete und Unbewaff-
 nete geschieden. Nur Bewaffnete und Munitionsträger
 durften nach dem Alexanderplatz gehen.
 Die wenigen erschienenen Blätter beschränken sich auf
 allgemeine Schilderungen der gestrigen Vorgänge.

Die „Tägliche Rundschau“ nimmt kritisch Stellung
 und spricht von dem großen Tollhaus an der Spree, Ber-
 lin werde jetzt mit jedem Tag mehr das Irrenhaus Deutsch-
 lands.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, daß wir in
 den Tagen der Entscheidung seien. Alles müsse Zeit ha-
 ben und dem Terror könne nicht mehr länger zugehört
 werden. Die Zeit der Verhandlungen und Demonstrationen



nen müsse vorbel sein. Gegen Nachtmittel müßten Nachtmittel gesetzt werden. Hinter der Regierung stehe die Masse. Das habe die gefestigte Kundgebung erneut bewiesen. Aber die Regierung müsse nun auch wachen. Die Regierung müsse auch bereit sein, alle Mittel anzuwenden. Es gehe nicht an, daß eine zu allen fähige Minderheit in Berlin die tatsächliche Macht ausübe. Die gegenwärtigen Zustände in Berlin seien unhaltbar. Diese müßten beseitigt werden, wenn die Regierung freie Bahn haben wolle. Die Regierung und die hinter ihr stehenden Massen wollten nicht den offenen Kampf, sondern sie wollten Ruhe, Ordnung und Frieden und müßten alles niedergewingen, was dies verhindere. Nicht Angriff, sondern Abwehr, Abwehr in einer Gestalt, die jede weitere Möglichkeit des Terrors beseitige. (Frankl. Zig.)

Tagesneuigkeiten.

Schwere Ausschreitungen in Konstanz.

Konstanz, 6. Jan. WTB. Heute morgen zwischen 1 und 2 Uhr kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Eine große Menge von Soldaten und Arbeitern zog lärmend vor das Münster, in dessen Nähe sich der Pfarrhof und das Geschäftsgebäude der „Konstanzer Nachrichten“ befinden. Unter dem Rufe: „Nieder mit dem Zentrum!“ wurden Türen und Fenster des Pfarrhofes eingeschlagen und erheblicher Schaden angerichtet, jedoch schließlich das Militär alarmiert werden mußte, das die Ruhe ohne Anwendung der Schusswaffe wieder herstellte.

In den Kurruhen in Oberschlesien.

Königsbrunn, 6. Jan. WTB. Wie der „Oberschlesische Wanderer“ aus Königsbrunn berichtet, kam es am Sonntag bei einer Demonstration von Spartakuskräften wieder zu Zusammenstößen mit den Markburger Jägern. Die Demonstranten zogen abends in der achten Stunde vor das Wachtlokal der Königsbrunner Wachtkompagnie und setzten sich in den Besitz der dort befindlichen Gewehre. Es entspannen sich nun Kämpfe um die Wacht. Die Jäger hatten sich darin verweigert und verteidigten sich mit Maschinengewehren. Es gab drei Verletzte, wovon einer in der Nacht starb. Im Verlaufe der Nacht rückten Infanterie und Artillerie, späterhin auch Husaren in die Stadt. Die Demonstrationen bestehen auf der Entfernung der Jäger und drohen mit dem Generalstreik. Die Verhandlungen der Streikenden mit der Kgl. Berginspektion sind noch nicht wieder aufgenommen.

Die Wahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 7. Jan. Wie die „Landeszeitung“ berichtet, wurden nach dem gestern festgestellten amtlichen Ergebnis der Wahlen zum braunschweigischen Landtag insgesamt 212 283 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die Liste der Demokratischen Volkspartei 46 291 Stimmen (13 Sitze), auf die der vereinigten liberalen bürgerlichen Parteien 55 616 Stimmen (16 Sitze), auf die Liste der Sozialdemokraten (Richtung Scheidemann) 58 708 Stimmen (17 Sitze) und auf jene der Unabhängigen 51 658 Stimmen (14 Sitze). 29 bürgerlichen Abgeordneten steht somit eine sozialdemokratische Mehrheit von 31 Abgeordneten gegenüber.

Graf Hertling †.

München, 6. Jan. WTB. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und vormalige Reichskanzler des Deutschen Reiches unter kaiserlicher Regierung, Graf von Hertling, ist, wie wir bereits gestern meldeten, am Samstag Abend gegen 10 Uhr nach sechztägigem Krankenlager im Alter



Nach dem Revolutionärkampf in der Berliner Schloßstraße.



Maschinengewehr im Pflanzhof des Berliner Schlosses.

von 75 Jahren auf seinem Landgut in Ruhpolding in Oberbayern gestorben.

Mit dem Grafen Hertling ist einer der bedeutendsten Politiker und Staatsmänner der alten Zeit dahingegangen. Er war am 31. August 1843 in Dormstadt geboren. 1882 wurde er als ordentlicher Professor nach München berufen. Graf Hertling war von 1875 bis 1890 Mitglied des Reichstages, wo er in der Zentrumsfraktion eine führende Rolle spielte. 1896 wurde er bei der Nachwahl im schwäbischen Wahlkreis Ulm und 1898 von neuem in den Reichstag gewählt. 1909 wurde ihm der Vorsitz der Zentrumsfraktion übertragen. Der bayerische Reichstagskommissioner gehörte er seit dem Jahre 1891 an. Im Februar 1912 betrat ihn das Vertrauen des damaligen Prinzregenten Luitpold an die Spitze der bayerischen Regierung als Nachfolger des Grafen v. Hofmann. Dieses Amt verließ er auf Wunsch des ehemaligen Kaisers Wilhelm der ihn in schwierigen Zeiten an die Spitze der Reichsregierung zum deutschen Reichskanzler berief. Nicht weniger ein Jahr, vom 29. Oktober 1917 bis 30. September 1918, leitete er das verantwortungsvolle Amt, eine Bürde für den bereits schwer erkrankten Reichskanzler. Prinz Max von Baden wurde als letzter Reichskanzler sein Nachfolger. Als Philologe hatte er Verfassungen eine Reihe von Schriften herausgegeben. Er gehörte 1876 mit zu den Begründern der Hörsing-Schule, deren Geschäft er leitete. — Die Beisetzung der Leiche des Verstorbenen wird in München stattfinden.

Die Flucht nach Holland.

Berlin, 3. Jan. Die „Deutsche Allg. Zig.“ schreibt: In verschiedenen Bildern ist in den letzten Tagen die Behauptung ausgesprochen worden, der Kaiser habe seinen Entschluß sich ins Ausland zu begeben, auf dringende Mahnung des Auswärtigen Amtes gefaßt. Von einem

Herrn, der den damaligen Ereignissen im Großen Hauptquartier aus nächster Nähe gefolgt ist, erfahren wir hierzu folgendes: In einer Sitzung, die der Besprechung der Obersten Heeresleitung mit dem Kaiser über die durch die Umwälzung entstandene neue Lage vorausging, wurde von militärischer Seite auf das nachdrücklichste verlangt, daß der Kaiser das Hauptquartier sofort verläßt, da man die Revolution auf dem Wege nach dem Hauptquartier vermute und keinerlei Sicherheit für die weitere Bewegungsfreiheit des Kaisers im Großen Hauptquartier gewährleisten konnte. Einer Reise des Kaisers nach dem Innern des Landes standen aus den gleichen Gründen militärische Bedenken entgegen. Von einer Reise an die Front, die wie eine politische Demonstration ausgehen hätte, riet man militärischerseits ebenfalls ab. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Herr v. Hinge, konnte in diesen Besprechungen nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen, da er mit dem Auswärtigen Amt über die Frage der plötzlichen Aufstiege nicht in Gedanken austausch treten konnte und auch vorher keinerlei Instruktionen für einen derartigen Fall erhalten hatte. Der Entschluß des Kaisers, ins Ausland zu reisen, wurde also durch die Haltung des Militärs herbeigeführt. Auch als der Kaiser in den späten Abendstunden sich noch einmal gegen die Abreise ins Ausland entscheiden wollte, wurde — wie ich nachdrücklich hervorheben muß — seine endgültige Entscheidung in Übereinstimmung mit den Anschauungen und auf Rat der maßgebenden militärischen Stellen getroffen.

Fähige Ausländer.

Berlin, 4. Januar. Uns ging bereits gestern Abend die Meldung zu, daß neben Herrn Kadek auch Herr Joffe, der ehemalige Gesandte der russischen Sozialrepublik sich in Berlin aufhalte. Wir hatten Anstand, die Meldung zunächst zu veröffentlichen; um so mehr, als wir von den politisch-parlamentarischen Nachrichten gelehrt wurden, die Nachricht, die erst noch nachgeprüft werden müsse, zunächst zurückzuhalten. Nun weiß es aber, daß die Vertreter der Sozialrepublik von nun an in Deutschland zu bleiben gedächten, um die Bewegung der Spaltungskräfte gegen den internationalen Kapitalismus und für ein Zusammengehen des deutschen mit dem russischen Proletariat zu unterstützen. Nunmehr scheint es uns doch geraten, daß die Regierung sich ganz ungenügend zu dieser standhaften Behauptung des letzten Restes ihrer Autorität äußert. Es muß ihr mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Wir halten den Aufenthalt dieser Herr, Joffe und Massenführer in Deutschland für eine tägliche und ständige Bedrohung unserer Sicherheit, für eine Bedrohung auch des Friedens und unserer von ihm zu erhoffenden Ernährung. Vorbedingung für all das muß natürlich sein, daß es der Regierung gelingt, Herrn Eichhorn, den sonderbaren Vizepräsidenten von Berlin, aus dem Amte zu bringen. Die gestrige Vernehmung des Herrn ist anscheinend ausgegangen wie das Hochberger Schicksal. Herr Eichhorn fühlt sich an seinem Platze sehr wohl und denkt nicht daran, ihn zu räumen.

Aus Posen.

Posen, 7. Januar. Der deutsche Volksrat Westpommern, die geleglich gewählte Vertretung der acht Wahlkreise Pommerns erklärte, daß vom 5. Januar 1919 ab die Kreise Schwedt, Strasburg, Neustadt, Rastow und Kamin zur Provinz Brandenburg, die Kreise Trautau, Lissa und Kamisch zur Provinz Schlesiens gehören. Herr Kreis Fehne hat sich am Sonnabend der Gruppe Westpommern angeschlossen und tritt ebenfalls zur Provinz Brandenburg über.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

601

(Rohdruck verboten.)

Schickte sonderbar nutzte den Minister dieses Getriebe an; er verlagerte es insgeheim mit einem ins Abzweckliche verarbeiteten Dienstoff. Er dankte seinem Schöpfer, daß er kein Zeitungsmensch zu sein brauchte.

Er zog die Uhr. Hier im Vorzimmer zu warten, war bei Gott auch kein Vergnügen. Man schien nicht übermäßig unvornehmend zu sein in diesem Hause. Er wäre gern ungenügend geworden. Aber das hätte wohl an diesem Orte wenig Zweck versprochen.

Da öffnete sich auch schon die Tür, und der Zeitungsführer erschien auf der Schwelle.

„Ich bin erfreut, Excellenz bei mir zu sehen, bitte um Verzeihung, wenn ich nicht sofort zur Verfügung stand. . . Diesen Tag werde ich rot in meinem Kalender anmerken, als Fest- und Feiertag des Hauses Southbriffe. Darf ich bitten?“

Und er geleitete den Besucher über den Gang in sein Zimmer.

Der Minister stift in einen Sessel und stellte mit einiger Betrübnis fest, daß dies Arbeitszimmer unzweifelhaft gemächlicher eingerichtet war, als sein eigenes im Kriegsamt.

Der Zeitungsführer setzte sich an seinen Schreibtisch und betrachtete den Minister mit unverhobener Neugierde.

„Excellenz rauchen gewiß eine leichte Havana? Es plaudert sich angenehmer.“ Der Minister nahm dankend an. „Das ist gewiß, — führt Southbriffe fort, — eine sehr bringende und ernste Sache, die Excellenz zu mir führt?“

„Das ist es allerdings“, bemerkte der Minister hart und verzaukte seiner Gewohnheit gemäß die Bildnis seines Schwarmbrüder. Er machte eine kleine Pause, sah sein Gegenüber hinter an, als wollte er den Lord einschüchtern, und begann dann wieder:

„Ich bin nämlich einem ganz fürchterlichen Verbrechen auf die Spur gekommen, einem Hochverrat, wie die Ge-

schichte keinesgleichen nicht kennt. Und Spuren davon führen sogar — ich bitte, nicht zu erwidern — sogar zu Ihnen.“

„Du mir? Wollen Excellenz nicht deutlicher werden?“

„Gewiß, Herr. — Zu diesem Zweck“ — er atmete tief auf und sagte auf gut Glück — „zu diesem Zweck werden Sie mir die Papiere aushändigen, die Ihnen Hauptmann Longford zur Aufbewahrung übergeben hat.“

Lord Southbriffe ließ sich tatsächlich überrumpeln. „Wie? Hat er Sie vielleicht dazu ermächtigt, diese von mir einzufordern?“ Der Minister lächelte zufrieden.

„Das nicht. Aber ich weiß, daß Sie Papiere besitzen, die für diese Verbrechensgeschichte von hohem Werte sind.“

„Ich bedauere, Ihrem Wunsch nicht entsprechen zu können. Diese Papiere werde ich Exzellenz nicht ausliefern.“

„Und warum nicht?“

„Weil ich dem, der sie mir zur Aufbewahrung übergab, das Versprechen abgab, sie nur ihm selbst zurückzugeben oder mit seiner Genehmigung zu öffnen und nach Gutdünken zu verwerten. Und ein Lord Southbriffe hält sein Wort!“

„Auch einem Lügner und Betrüger gegenüber? — Es ist erwiesene Tatsache, daß ein Betrüger Ihre Gostfreundschaft mißbraucht!“

„Das vermag ich nicht zu entscheiden. Aber selbst wenn andere Leute sich gegen mich nicht vornehm betragen, so gibt das mir noch lange kein Recht, ein gleiches zu tun.“

„Es müßte dem sein, daß —“

„Er hielt inne und sah seinen Besucher durchdringend an. „Es müßte dem sein, daß —“ er erwiderte dieser.

„Daß in der Tat höhere Interessen im Spiele händen“, vollendete sghern der Lord.

„Und mit einer Stimme, die keinen Widerspruch duldet, erwiderte grollend der Minister: „Steh Ihnen das Interesse des Staates, die Gefahr, in der das Reich schwelzt, nicht hoch genug?“

„Es ist nicht bewiesen, daß das britische Reich bedroht ist.“ Southbriffe hob die Augen noch nicht hoch.

„Ich habe Beweise. . .“

„Wo, wenn ich fragen darf?“

„Unter den Papieren, die Sie in Händen haben!“

„Die stehen nicht zur Sprache!“

„Aber Longford hat mir ja selbst ein Geständnis ab-

gelegt.“

„Schriftlich?“ fragte der Lord dazwischen.

„Genügt Ihnen mein Wort nicht?“

„In diesem Falle genügt mir nicht einmal das Wort des Königs!“

„Soll ich Ihnen vielleicht den Coroner mit seinen Konstatieren zur Handreichung kommen lassen?“

„Sie drohen mit Gewalt, Excellenz?“

„Ich bin dazu gezwungen, wenn Sie nicht nachgeben, Mylord.“

„Gut, dann sollen Sie Ihren Willen haben. Die Verantwortung trifft nicht mich!“

Er drückte auf den Klingelknopf an seinem Schreibtisch.

Aus dem Nebenzimmer trat ein jüngerer Herr herein, dessen gepflegte Erscheinung wohlwollend berührte.

„Mein Privatsekretär, Herr Courtman“, stellte der Lord vor. — „Bitte, lieber Courtman, schließen Sie den Rauschschrank auf! Hier sind die Schlüssel!“

Die schwere Panzerthür öffnete sich bewegte sich geräuschlos nach außen und eröffnete den Blick auf die Stahlsäcker im Innern. Das unterste Fach stand offen. Geschäftsbücher lagen darin. Darüber waren zwei Reihen gleichgroßer Bücher angebracht.

„Öffnen Sie das mittlere Fach links. . . ja, dieses!“

„Bitte, drücken Sie auf den Knopf, der sich hinter dem Schloßrahmen befindet. . . weiter oben. . . da!“

Aus der Seite sprang mit leichtem Federdruck ein Fach auf.

„So, greifen Sie hinein und nehmen Sie den auobert liegenden Brief heraus!“

Der junge Mann sah, wie ihm gehorsam und wichtige seinem Herrn einen mit fünf biden Siegeln versehenen Umschlag reichte.

(Fortsetzung folgt)



Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 8. Januar 1919.

Die Wahlvorschläge für die Wahl zur verfassunggebenden württembergischen Landesversammlung, umfassend alle Parteien bringen wir in der Sonderbeilage der heutigen Nummer. Wie machen unsere verehr. Abonnenten auf diese besonders aufmerksam.

Wahlversammlungen. Den Regeln der Wahlversammlungen entsprechend am Sonntag, den 5. Januar die Sozialdemokratische Partei. Auch die Unabhängigen versuchten hier in Nagold für diese Zwecke ein Lokal zu erhalten, was ihnen aber nicht gelang. — Herr Gemeindevorsteher Berger-Statgart sprach über die bevorstehenden Wahlen und die Sozialdemokratie. Der Redner hatte seinen Respekt für die hiesigen Verhältnisse geltend gemacht und verbot sich daraus, Kapital zu schlagen. Die Schulfrage am Freitag und die Resolutionen behandelte er besonders lebhaft, natürlich mußten auch alle Wähler wieder gehalten, wie z. B. die beabsichtigte Diktierung der deutschen Note, an die kein vernünftiger Mann mehr glaubt. Es ist hier kein Raum, all die Unrichtigkeiten an dieser Stelle festzusetzen. Teilweise wurde dem Redner in der bald darauf lebhaft einsetzenden Diskussion von verschiedenen Herren die Wahrheit gesagt. Im übrigen muß angestanden werden, daß der Redner die Ausführungen in sachlicher Weise machte. Der Saal war gut besucht, der Hauptteil der Hörer gehörte den bürgerlichen Parteien an. — Am 6. Januar sprach im Abendklub in Nagold Herr Gemeindevorsteher Linkehehl aus Schramberg über die kommenden Wahlen. Redner streifte zum Eingang die Zustände bei Ausbruch der Revolution, betonte jedoch die ungeheure Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen und damit auch die unbedingte Verpflichtung zur Teilnahme jedes Wahlberechtigten an derselben. Im Anschluß daran ging er auf die Bestimmungen der einzelnen Parteiprogramme über und schloß mit einem Appell an die Frauen, doch ja das durch die Revolution ihnen zugesicherte Wahlrecht nicht leicht zu nehmen, sondern sich unbedingt Klarheit über die einzelnen Parteien zu verschaffen. Zum Schluß zitierte Herr Linkehehl die Worte unseres berühmten Dichters Ludwig Uhland, welche dieser vor über hundert Jahren an die damalige Ständerversammlung gerichtet hat und die auch heute wieder zu beherzigen seien. Nachdem sich in der anschließenden Diskussion niemand zum Wort meldete, brachte der Versammlungsleiter nachstehende Resolution zur Verlesung: „Die am 6. Januar in Nagold versammelten Wähler und Wählerinnen werden die Leitung der deutschen demokratischen Partei auf, mit größter Entschiedenheit auf folgenden Zusammenschluß der am 12. Jan. zu wählenden Landesversammlung hinzuwirken, damit ein gleichmäßiger Zustand, eine freisinnige Verfassung, und eine Staatsgewalt hergestellt werden, die wirtschaftliche Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und einen würdigen Frieden verbürgen.“ Dieselbe fand einstimmige Annahme. Hiernach dankte der Versammlungsleiter dem Redner für seine sachlichen Ausführungen und schloß die Versammlung mit der Aufforderung zum Beitritt zur deutschen demokratischen Partei.

Unter militärischen Ehren wurde heute der Militärkameradenrat Rutz, der im hiesigen Ref. Lazarett am Waldsee seinen Leiden erlegen war, zum Bahnhofsüberfuhr, von dem er noch seiner Heimat gedächelt wird. Kameraden und Kameradenschwestern gaben dem Sarge das Geleit.

Im Neujahrswunsch des Kottenburger Bischofs an die Wählerinnen finden wir einige zeitgemäße Winke, die von den Wählern aller Parteien gewiß nicht verworfen werden können. Man solle, so heißt es, den persönlichen Vorgesetzten die große Sache stellen und sich nicht von ihm allein leiten lassen. Damit, daß man, weil verärgert oder mißachtet seinen Willen durchzusetzen meine, ist der großen Sache keineswegs gedient; denn ungeheurer Grobes steht auf dem Spiel. Der Krieg und dessen Opfer sollen für uns zum geistigen Kapital werden, das Zinsen tragen kann. War uns der Sieg noch außen nicht beschieden, so solle doch wenigstens allerseits für einen Frieden im Innern gearbeitet werden. Die eingeschlagene Bahn bringe uns nur noch mehr abwärts auf der schiefen Ebene. So könne das doch nicht weiter gehen. Die Feinde können uns alles nehmen, aber unsere Tüchtigkeit, unsere Fleiß, unsere getradeten deutschen Sinn, unsere gesunde Vernunft, die wir nun auch wo der zu ihrem Recht kommen lassen sollen, kann uns niemand, auch sehr nicht rauben.

Reichs-Umsatzsteuergesetz. (Warenumsatzsteuer). Am 1. August 1918 ist das neue Reichs-Umsatzsteuergesetz in Kraft getreten. Aus dieses Gesetz der Allgemeinheit verständlich zu machen, hat die württ. Steuerverwaltung ein Rechenblatt hierzu herausgegeben, das für jeden Gewerbetreibenden und Landwirt von großer Wichtigkeit ist. Das Rechenblatt ist für 20 G. käuflich und sollte sofort beim Kreisverwaltungsamt des Wohnorts bestellt werden, damit dieses die besten Exemplare beim Kameradenamt anfordern kann.

Renovierung der Mannschaften-Familienunterstützung. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat eine Verordnung über Familienunterstützung erlassen. Dem Familien, der an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhaftet oder vom Feinde verschleppten Personen, wird die Unterstützung bis zum Eintreffen bei der Familie, jedoch nicht über den Zeitpunkt hinaus weitergewährt, in dem das Eintreffen möglich war, außerdem erhalten sie noch zwei Halbmontatsraten als außerordentliche Unterstützung. Familien von Mannschaften, die als vermißt gelten, werden Familienunterstützungen bis zu dem Tage weiter gewährt, von dem

ab sie die Versorgungsgebühren auf G und der Militärhinterbliebenengesetz oder entsprechende Vorschriften erhalten. Solange Familienunterstützung gewährt wird, ist für die Empfänger dieser Unterstützung Erwerbslosensfürsorge ausgeschlossen.

Mitwirkung zur öffentlichen Ordnung. Das Kriegsministerium schreibt: Die Bevölkerung hat der vor einiger Zeit ausgesprochenen Bitte, die in jetziger Zeit so schwierige Tätigkeit der Sicherheitsorgane durch unauferlässliche Anzeigen aller bekannt werdenden strafbaren Handlungen zu unterstützen, bisher in reichem Maße entsprochen. Es konnte infolge solcher Anzeigen schon große Werte der Allgemeinheit oder ihrem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden. Jeder einzelne wird daher erneut aufgefordert, in diesem Sinne weiter bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mitzuwirken. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß solche Anzeigen nur dann verwertet werden können, wenn der Name des Anzeigenden genannt ist. Ein anonyme Anzeige wird fast nie die Grundlage für ein Einschreiten bilden können, da sie auch aus persönlicher Gehässigkeit entspringen sein kann.

Heiterbach. Die bürgerl. Kollegen haben beschlossen, die seit April 1915 erledigte Ortsvorsitzerschaft nunmehr wieder zu belegen und das Oberamt um Bestimmung des Wahltermins zu ersuchen.

Heilbronn. Die Familie der Straßensattlermeister Christine Densler ist in Teuer gekommen. Ihr 22 Jahre alter Sohn Johannes ist nach etwa dreijähriger militärischer Dienstzeit beim Abtransport aus der Ukraine von dortigen Banden erschossen worden. Die Nachricht ist recht bedauerlich. Der junge Mann hatte sich gewiß auch schon auf die Heimkehr gefreut. Wir bedauern seinen so tragischen Lebensabschluß und werden ihm ein gutes Gedächtnis bewahren.

Kochendorf. In volkstümlich, gut schließend, längerem Vortrag behandelte am Sonntag der jetzige, verdiente Bezirksabgeordnete Herr Stephan Schalk-Nagold vor einer großen Zuhörerschaft die wichtigsten, mit dem Krieg und der Staatsumgestaltung zusammenhängenden Fragen und anschließend daran das Programm und die Stellungnahme der Bürgerpartei zum neuen Staatenaufbau. Es war notwendig, diese Partei ebenfalls zu hören, nachdem die anderen Parteien, die Sozialdemokratie, durch die „Unabhängigen“ am Samstag zum 2. Mal sich genommen ließ.

Eberstadt. Die Dienstmagd Annemarie Schöble im Hause des Christian Bäcker erhielt für ihre treue 27-jährige Dienstzeit das Verdienstkreuz.

Aus dem übrigen Württemberg.

Gödingen. Am Sonntag den 5. Jan. fand im Gasthaus zum „Mozart“ eine sehr gut besuchte Wahlversammlung statt. Als Redner war Herr Pfarrer Schwaninger von Heilbronn anwesend. In packenden Worten erläuterte der Redner die Leitmotive: „Wo wir stehen“ und „Wohin wir gehen“, und fand damit bei jenen Zuhörern allgemeinen Beifall. Mit dem Lösungswort: „Wahrheit, Freiheit und Recht“, schloß der Redner seine zweifelhafte Ausführungen.

Reutenburg. Stadtschultheiß Stürm ist durch Entlassung der Kreisregierung unter Anerkennung seiner guten und erspriehlichen Amtsführung in den Ruhestand versetzt worden. Er war seit 8. September 1888 im Amt.

Oberndorf. Wie der „Schwarzw. Bot.“ berichtet, war das Hochwasser vom 23. auf den 24. Dezember noch wesentlich größer als das vom Januar vorigen Jahres und damit am oberen Neckar zwischen Rottweil und Heilbronn das größte seit 30 Jahren. Es sind nun in der Zeit von 1 1/2 Jahren drei ganz große Hochwasser durch den neuen, erst 1916 vollendeten Fußlauf des Neckars bei Oberndorf geflossen und auch das letzte hat großen Schaden angerichtet. Dagegen haben die im Frühjahr 1918 vorgenommenen kostspieligen Wiederherstellungsarbeiten, die das Hochwasser vom Januar 1916 nötig gemacht hatte, die schwere Probe gut bestanden.

Stuttgart. Die Württembergische Bürgerpartei hat zusammen mit dem Württembergischen Bauern- und Bergbauernbund folgende Kandidatenliste zur Wahl der deutschen Nationalversammlung am 19. Januar aufgestellt: 1. Heinrich Kraus, Rechtsanwalt in Stuttgart. 2. Wilhelm Bogt, Landwirt und Dekan in Gochs. 3. Wilhelm Weidrecht, Dipl. Ing. Professor in Stuttgart. 4. Friedrich Vogt, Landwirt und Schultheiß in Bittelbrunn. 5. Frau Johanna Michel-Löcher in Ehingen. 6. Georg Emppenzau, Kanzleirat in Stuttgart. 7. Heinrich Aldrecht, Weinbauer in Heilbronn. 8. Gustav Ströhmfeld, Rechnungsrat in Stuttgart. 9. Norbert Schiele, Brauereibesitzer und Gutsbesitzer in Burzoch. 10. Friedrich Siller, Schreinermeister in Ludwigsburg. 11. Karl Dieten, Pommernbesitzer auf Bauhof bei Sigmaringen. 12. Eugen Schmidt, Staatsanwalt in Berlin, z. Zt. in Stuttgart. 13. Wilhelm Weikwenger, Gut- und Mühlenbesitzer in Leingell O. G. G. 14. Jakob Knapp, Kultusminister in Reutlingen. 15. Gottlob Baumgärtner, Fabrikant und Landwirt in Stuttgart. 16. Jakob Schmidt, Landwirt und Alt-Hirschwirt in Urspring. 17. Ernst Scheuren, Obermedizinalrat in Stuttgart.

Stuttgart. Auf dem Schloßplatz und im Schloßhof fand heute Vormittag eine vom Garnisonrat Stuttgart einberufene und von ca. 2500 Soldaten besuchte Soldatensammlung statt, wobei der frühere Leiter des Kriegsmenschen, Offiziersstellvertreter Schreiner, der Hauptredner war. Er wandte sich gegen die Reichssozialisten, gegen die Soldatenräte und gegen die Einberufung der

Nationalversammlung. Die Demonstration zog vor das Straßenbahndirektionsgebäude auf dem Marktplatz und forderte von der Direktion die Ermäßigung der Straßenbahntarife für Militärpersonen, die dann auch zugefagt wurde. Vor dem Kriegsministerium, wohin sich der Zug bewegt hatte, verlangte man die Demobilisierung aller Soldatengänge und die Bewaffnung der revolutionären L. und S.-Räte, als die einzige zuverlässige Stütze der Revolution. Die Versammlung, die schon im Schloßhof ziemlich bewegt verlief, ging nicht ganz ohne Ausschreitungen ab; Offizieren wurden auf der Straße, offenbar die Reichsfahnen abgerissen und der Degen abgenommen. Vor dem neuen Hauptbahnhof hatten ein paar Arbeiter eine Versammlung, die aber sehr schwach besucht war, veranstaltete. Man nahm gegen die Herabsetzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen Stellung und griff besonders das Arbeitsministerium an. Nächste Woche will man eine Massenversammlung einberufen, um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Badenau. Bei dem bereits gemeldeten Angriff auf das Oberamt am 2. Januar waren insgesamt etwa 150 Bauern beteiligt. Ungefähr 89 davon, die sich Bauernrat nannten, drangen in die Kanzlei des Oberamts ein und zwangen ihn zur Unterzeichnung seiner Abdankungsurkunde. Regierungsverstärker hatte in dieser Urkunde zum Ausdruck gebracht, daß er der Gewalt weiche; die Urkunde wurde aber zweimal gerissen und der Oberamtsmann gezwungen, in einer dritten Urkunde zu erklären, daß sein Rücktritt freiwillig sei. Ein hiesiger Rechtsanwalt, der ihm beibringen wollte, wurde von den wildgewordenen Bauern mit Schlägen zum Oberamt hinausgeworfen. Der bedauerliche Vorfall dürfte für die Beteiligten einen gerichtlichen Denkzettel als Nachspiel haben.

Familiennachrichten.

Stadt Nagold.
Geburten: 2. Debr. Friedr. Schauf, Vater, 1 Sohn; 12. Dez. Adolf Schopf, Müßelbrunn, 1 Sohn; 15. Dez. Gottlieb Kutz, Schloß 1 Sohn.

Heilbronn.
Todesfälle: 7. Dez. Martha Herz, Müllers Tochter, 3 Jahre alt; 8. Dez. Johanna Bauer, Kaufmanns W. 68 Jahre alt; 14. Dez. Christian Hartmann, Schloßmstr., 71 Jahre alt; 16. Dez. Katharine Wagner, Landwirts-W. 37 Jahre alt; 25. Dez. Fritz Baumauer, Schloßmstr.-Lehrer 2 Jahre alt.

Im Felde gefallen: Hermann Schillinghelm, led. Landwirt, 19 Jahre alt; Otto Krinkardt, led. Versicherungsbeamter, 25 J. alt.

Stuttgarter.

Gestorben: Frau Dorothea Freyburger, 77 1/2 Jahre alt.
Im Felde gefallen: Carl Schanz, Göttingen.

Schwäbisch.

Ein neues, unerschöpfliches Buchlein unseres bekannten Schwaben- und Württemberg-Dichters August Lämmle ist, leider als etwas verspätete Weihnachtsgabe, auf unsern Redaktionstisch gekommen. Das im Verlag C. Neuberger, Heilbronn, zum Preise von 1.45 erschienenen Werkchen ist betitelt: „Schwäbisch“ und enthält viel Nützliches über unsere Schwabensprache und die bei den Schwaben so fest eingewurzelte Liebe zur eigenen Heimat. Mit württembergischem Humor ist mit feinem Spott, teilweise auch mit dem Ernst befüllt die Feder unsere schwäbische Sprache und Eigenheiten. Als kleine Kostprobe des Buchleins, das bestens empfohlen und herzlich vielen Freude machen wird, soll das folgende „Schwäbisch“ dem Leser dienen:

Steh auf de Berg, auch no ens Tal,
Neh schritst du des Bild überal:
Do is e Gart, hell and weilt,
Des Korn ons Ocht en Scherfel greit,
Ond aus me Wald- and Wiesenlauf
Lust et ditzjandere Dörle raus.
Ond Bach and Mühl, Wies' and Weng
Ond Dorf and Turm and Fluß and Eweg
Die send is lustlich and wertant,
Wo hilt de Herrgott jerebant.

Vordrill ist das Buchlein bei G. W. Zeller, Buchhdlg., Nagold.

Sofortige Ablieferung

VON

Heeresgut

bei den zuständigen Behörden

beizuleunigt den Frieden.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichsstr. 66.

Sezte Nachrichten.

Die Lage in Berlin hat nach den vorliegenden Meldungen noch keine Klärung erfahren. Es finden immer noch Straßenkämpfe statt. Verhandlungen der kämpfenden Parteien führen bisher zu keinem Ergebnis.

Der frühere Generalquartiermeister Ludendorff, der mit Genehmigung der gegenwärtigen Regierung nach Schweden ging, soll von dort zurückkehren und mit der Abfassung einer Rechtfertigungsschrift beschäftigt sein.

Wilson ist wieder in Paris eingetroffen.

Daily Mail* meldet, daß Generalfeldmarschall von Mackensen, der zunächst nach Saloniki gebracht werden soll, von dort nach Frankreich überführt werde.

Die Reichsregierung hat sich in den letzten Tagen von neuem an die Verbündeten gewandt mit dem Ersuchen um baldige Aufnahme der Verhandlungen zur Überleitung des Waffenstillstandes in den allgemeinen Friedenszustand. Gleiche Schritte sind von der deutschen Waffenstillstandskommission unternommen worden.

Nur die Schriftleitung verantwortlich Paul Gagg, Nagold.
Druck u. Verlag der G. W. Zeller'schen Buchdruckerei (Karl Sollen) Nagold.



